

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIII 1–2007

APPROACHES TO GOVERNANCE

Schwerpunktredaktion: Bernhard Leubolt

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 BERNHARD LEUBOLT
On the Different Facets of the Debate on Governance
- 26 ULRICH BRAND
Zwischen Normativität, Analyse und Kritik
Die jüngere Diskussion um Global Governance
- 51 DANIELA COIMBRA DE SOUZA, ANDREAS NOVY
New Regions and New Modes of Regional Governance in
Central Europe and in Brazil
- 75 CHIARA TORNAGHI
Implementing the Urban Italia Regeneration Programme in
Cinisello Balsamo (Milan)
Change and Continuity in the Pattern of Local Governance
- 98 GIANCARLO COTELLA
Central Eastern Europe in the Global Market Scenario
*Evolution of the System of Governance in Poland from
Socialism to Capitalism*
- 125 MIRIAM HEIGL
Anfang vom Ende?
Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika
- 147 Rezension
- 150 Schwerpunktredaktion und AutorInnen
- 154 Impressum

ULRICH BRAND

Zwischen Normativität, Analyse und Kritik
Die jüngere Diskussion um Global Governance¹

*Definitionen sind [...] ein Moment,
ein Durchgangsmoment, [...]
ein schönes und sehr glückliches Nebenprodukt.*

Theodor W. Adorno (1973: 29)

In den 1990er Jahren, nach dem Ende der Blockkonfrontation, entstanden theoretisch-konzeptionelle wie auch politisch-praktische und konfliktreiche Suchprozesse, um eine „Neue Weltordnung“ (George Bush senior) zu gestalten. Auf der einen Seite stand das „unilaterale“ Erstarken der USA, auf der anderen Seite der Versuch, kooperative und zivilisierte Politikformen auf der internationalen Ebene zu stärken. Ein Leitbild wurde etabliert, das insbesondere von einer von Willy Brandt angeregten UN-Kommission zu *Global Governance* ausgearbeitet wurde, die im Jahr 1994 ihren gleichnamigen Bericht vorlegte.²

In diesem Beitrag wird im ersten Abschnitt auf die jüngere Diskussion um den Begriff *Global Governance* eingegangen (zum *Governance*-Begriff allgemein vgl. Schuppert 2005; Benz 2004a). Dabei wird als eine erste These vertreten, dass es sich möglicherweise – und trotz der Gefahr der theoretischen „Überladung“ des Begriffs – um einen interparadigmatischen Diskurs handelt, da sich, wie ich im zweiten Abschnitt dieses Beitrages ausführen werde, verschiedene Disziplinen und theoretische Ansätze stärker aufeinander beziehen können. Daraus wird und soll sich kein Konsens im Sinne einer Definition bilden, denn Definitionen suggerieren Klarheit, die es in der Sache häufig gar nicht gibt. Die theoretischen Annahmen sowie Stärken und Schwächen unterschiedlicher Ansätze können jedoch explizit werden. Zudem, so eine zweite These, besteht die Chance, *Global Governance*

als sozialwissenschaftlichen Diskurs derart zu verstehen, dass sich in ihm aktuelle Krisenerfahrungen und mögliche Strategien der Krisenbearbeitung gleichsam kondensieren. Ausgangspunkt des dritten Abschnitts ist die Einschätzung, dass die meisten *Global Governance*-Verständnisse zu stark Fragen effektiver Steuerung betonen. Hier nenne ich sechs Dimensionen bzw. Fragen, die stärker reflektiert werden müssten: (a) Die Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, (b) die Annahmen hinsichtlich der Steuerungsfähigkeit des Staates, (c) die Frage, welche Probleme eigentlich bearbeitet werden sollen, (d) ob es sich um ein Gegenprojekt zum US-Unilateralismus handelt, (e) die Rolle peripherer Gesellschaften in der Diskussion sowie in den realen Prozessen von *Global Governance* und schließlich (f) der insbesondere von feministischer Seite postulierte Anspruch, dass der Begriff *Global Governance* den Raum für kritische Perspektiven öffnet.

1. Zauberkasten, Denkfigur oder Politikmodell?

Der Begriff *Global Governance* ist in der Alltagssprache weiterhin weitgehend unbekannt, erfreut sich aber hoher politischer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Das Weltwirtschaftsforum hat im Jahr 2002 eine *Global Governance Initiative* und wenig später ein *Global Institute for Partnership and Governance* eingerichtet (www.weforum.org), die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2002) zum Thema *Globalisierung der Weltwirtschaft* räumt dem Begriff einen prominenten Stellenwert ein, die Weltbank hat Begriffe wie *Global* oder *Good Governance* fest in ihrem Vokabular verankert. Drei Begriffe scheinen wichtig in den Diskussionen um internationale Gestaltungsfragen im Kontext von *Global Governance*: Kohärenz, Koordination und Komplementarität.

Unklar ist jedoch bis heute: Handelt es sich bei *Global Governance* um ein „Politikmodell“ (Fues/Hippler 2003), um einen politischen „Zaubertrank“ und wissenschaftlichen „Zauberkasten“ (Beisheim/Brunnengraber 2003), der ungeahnte politische Kräfte freizusetzen in der Lage wäre, um einen „ungewöhnlich interessanten analytischen Rahmen“ (Ruppert 2003) oder um eine „Denkfigur“ (Brock 2003)?

Häufig wird in der deutschsprachigen Debatte als Zweck und Ziel von *Global Governance* formuliert, es gehe um die „Entwicklung eines Insti-

tutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Probleme erlauben“ (Messner 2000: 125). Als dessen „Bausteine“ gelten erstens eine Art Kantsche Weltföderation mit einem Minimum an Zentralstaatlichkeit und zweitens internationale Koordination, Kooperation und kollektive Entscheidungsfindungen, bei denen sich nationalstaatliche Regierungen zu Vereinbarungen verpflichten, dominante Staaten ihre Eigeninteresse zurückstecken, internationale Organisationen koordinierend tätig werden und zur Herausbildung globaler Sichtweisen beitragen und Regime verbindliche Regelwerke bilden (Messner/Nuscheler 2003: 15ff.). Dieser daraus resultierende „Zwang zur Kooperation“ verlangt drittens Souveränitätsverzicht und eine Entgrenzung von Politik. Laut Klaus Dieter Wolf entsteht so eine „neue Staatsraison“ (Wolf 2000), indem sich der Handlungsspielraum durch internationale Kooperation erhöht. Viertens wird *Global Governance* notwendig von einer Regionalisierung begleitet, denn die Architektur muss von unten aufgebaut sein. Fünftens spielen nicht-staatliche AkteurInnen eine wichtige Rolle, wozu auch Nichtregierungsorganisationen gezählt werden. Der *Global-Compact* der UNO zwischen staatlichen und intergouvernementalen Organisationen und privatwirtschaftlichen Unternehmen wird als „globalisierter Neokorporatismus“ (Messner/Nuscheler 2003: 16) bezeichnet. Der normative Gehalt der Verwendung des Begriffs *Global Governance* wird schon bei dieser knappen Skizze sehr deutlich.

Allerdings wird hier – wenn auf die Analogie mit nationalstaatlichen Arrangements abgezielt wird – die Bedeutung gut organisierter und damit handlungsfähiger Verbände auf internationaler Ebene überschätzt. Renate Mayntz (2000: 12f.) weist entsprechend darauf hin, dass es solche kaum jenseits der EU gebe. Daher wird in den meisten Forschungen weniger von korporativen AkteurInnen ausgegangen, sondern von lockeren und entlang eng definierter Probleme organisierten Policy-Netzwerken (vgl. Reinicke et al. 2001).

Global Governance ist in den meisten Beiträgen, um es auf einen Nenner zu bringen, die Frage nach staatlicher (nicht nur nationalstaatlicher) Steuerungsfähigkeit in Zeiten der Globalisierung. Im Zentrum stehen die Bedingungen und Möglichkeiten staatlicher Kooperation, „um der Ohnmacht der Politik gegenüber der Eigendynamik der Globalisierungsprozesse

entgegenwirken zu können“ (Messner 2005: 37). Während der *Governance*-Begriff durchaus weiter gefasst wird in Bezug auf Formen kollektiver gesellschaftlicher Regelungen – von der gesellschaftlichen Selbstregulierung über privat-öffentliche Arrangements bis hin zu staatlichem Handeln im eigentlichen Sinne (vgl. Benz 2004a) –, konzentriert sich die Diskussion um *Global Governance* auf staatliches Handeln unter Berücksichtigung nicht-staatlicher AkteurInnen. *Global Governance*, Re-Regulierung der Weltwirtschaft, eine „kosmopolitische Weltordnung“ als regulative Idee (Held 2002), „Regieren in entgrenzten Räumen“ (Kohler-Koch 1998), „komplexes Weltregieren“ (Zürn 1998) oder „post-hegemonialer Multilateralismus“ (Cox 1997) – auch in diesen in der Diskussion um *Global Governance* genannten Begriffen verdichten sich vielfältige normative Orientierungen.

Eng verbunden mit den Motiven der *Global Governance*-Diskussion sind andere Begriffe. *Global public policy* thematisiert die politischen Formen und Inhalte öffentlicher Politik, die im Zeitalter der Globalisierung in wesentlichen Bereichen jenseits einzelner Nationalstaaten organisiert werden müssen. Konkretisiert wird dieser Ansatz mit dem Begriff der *global public policy networks* von staatlichen Akteuren, NGOs, Unternehmen und internationalen Organisationen. Diese Netzwerke werden als geeignete Kooperationsmuster angesehen, um Probleme effektiv zu bearbeiten (Reinicke 1998, Reinicke et al. 2001). Schließlich verweist der Begriff der *global public goods*, entwickelt im Umfeld des UN-Entwicklungsprogramms UNDP, auf einen Gegenstandsbereich, den es kollektiv herzustellen und zu nutzen gelte (Kaul et al. 1999; Kaul/Kocks 2003; zur Kritik Martens/Hain 2002; Brunnengräber 2003a, 2003b). Craig Murphy (2000: 790) sieht allerdings einen normativen Überschuss in der UNDP-Definition. Die Mehrheit der global Privilegierten würden die vom UNDP als wichtig erachteten globalen öffentlichen Güter wie Verteilungsgerechtigkeit oder Frieden in Ländern des Globalen Südens kaum als solche erachten.

Eine große Rolle spielt in entwicklungspolitischen Diskussionen der Begriff *Good Governance*. Der normativ hoch aufgeladene Terminus bezeichnet ein effizientes und korruptionsfreies Regieren und Verwalten, unabhängige Rechtssysteme, freie Presse sowie die Einhaltung von Gesetzen und Menschenrechten (World Bank 1992; UNDP 1997; Weiss 2000; Conzelmann 2003). Es geht hier ebenso wie bei *Global Governance* um kooperativ entwickelte kollektive Lösungen, Demokratisierung, die Betei-

ligung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen und die Rolle politischer Institutionen. Allerdings bezeichnet *Good Governance* wesentlich klarer ein Politikmodell für ein „sound development management“ (World Bank 1992: 3). *Good* sowie *Global Governance* indiziert einen entwicklungspolitischen Einschnitt, denn die Diskussion zeigt die Krise des klassischen, modernisierungsorientierten Entwicklungsdenkens. Die Neukonzipierung geht einher mit der Umdeutung zu lösender Probleme. „Während Good Governance jedoch das Problem als eine der mangelhaften *politischen* Steuerung auf *nationaler* Ebene konzipiert und an der liberalen Auffassung einer prinzipiell wohlstandsfördernden Marktintegration festhält, finden sich im Konzept Global Governance zum einen das Zugeständnis, dass das Problem einer globalen Armut auch eine *weltwirtschaftliche* Problemlösung über Weltmarktintegration hinaus erfordert, sowie zum anderen [...] Ansätze in Bezug auf notwendige Mechanismen eines sozialen Ausgleichs auf *globaler* Ebene, die den Armen im Hinblick auf ihr Überleben ein gewisses Maß an Sicherheit versprechen“ (Ziai 2006: 86, Herv.i.O). Auf die Diskussion um *Good Governance* wird an dieser Stelle nicht weiter eingegangen (vgl. dazu Leubolt in diesem Band).

Nach dem knappen Überblick soll noch auf einen wichtigen Anspruch der diversen Beiträge hingewiesen werden: Sie intendieren alle, den realen „Sachzwang Globalisierung“ aufzubrechen und Fragen der Gestaltung sozialer Verhältnisse auf die politische und wissenschaftliche Tagesordnung zu setzen sowie sich gegen rechte, rassistisch-nationalistische sowie gewaltförmige Tendenzen zu stellen. Was allerdings jeweils spezifisch unter Gestaltung verstanden wird, welche gesellschaftstheoretischen und zeitdiagnostischen Annahmen einfließen, das bleibt vielfach offen.

2. *Global Governance* als „interparadigmatischer Diskurs“ und als Betrachtungsweise

Die sozialwissenschaftliche Debatte um *Global Governance* könnte als „interparadigmatischer Diskurs“ (Scherrer 2003: 484ff.) verstanden werden im Sinne einer Verständigung unterschiedlicher theoretischer „Schulen“, die sich mit internationaler Politik befassen. Hier liegt wohl die Attraktivität des Begriffs wie auch die Chance für die aktuelle sozialwissenschaftliche

Diskussion. Auf der *deskriptiven* Ebene geraten räumliche Ebenen, Steuerungsprobleme des nationalen Staates und neue AkteurInnen in den Blick. *Analytisch* werden die Funktionsweisen und Wirkungen der bestehenden Formen von *Global Governance* untersucht. Die *normative* Variante, die im deutschsprachigen Raum sehr stark ist (im Gegensatz zum angelsächsischen Raum), wurde bereits am Beispiel der Beiträge von Messner und Nuscheler skizziert (vgl. auch Brunnengräber/Stock 1999; Brand et al. 2000; Brand/Scherrer 2006).

A. J. R. Groom und Dominic Powell (1994) forderten vor über zehn Jahren eine stärkere Fokussierung der aus ihrer Sicht unübersichtlichen sozialwissenschaftlichen *Global Governance*-Debatte. Dieser Fokus sollte durch mannigfaltige Beiträge geschaffen werden, in denen steuerungstheoretische und -politische Aspekte ins Zentrum gestellt werden. Diese Absicht bleibt jedoch angesichts realer politischer wie innerwissenschaftlicher Entwicklungen unerfüllt. Denn ein Begriff, der derart mit normativen, zeitdiagnostisch-analytischen und theoretischen Ansprüchen beladen ist, stellt eher ein *widersprüchlich strukturiertes Debattenterrain* dar als eine präzise und einigermaßen konsensuale Kategorie. Es bleibt die Gefahr bestehen, dass zu viel in den Begriff „hineingepackt“ wird, er vor allem theoretisch „überladen“ wird.

Gleichwohl bleiben die Chancen interparadigmatischer Verständigung bestehen. Denn aktuell besteht ein hohes Bewusstsein dafür, dass die wissenschaftlichen Kategorien zum Begreifen der Realität angesichts der aktuellen Veränderungen zu modifizieren sind oder gar neue gefunden werden müssen. Anlass gründlicher Reflexionen ist häufig der „Zusammenhang zwischen zeitkritischer Krisenerfahrung und politischer Ordnungsreflexion“ (Theo Stammen zitiert nach Nohlen/Schultze 1995). Die Vorschläge zu *Global Governance* könnten in diesem Sinne auch aus einer Perspektive gelesen werden, dass sich darin *aktuelle Krisenerfahrungen* und mögliche *Strategien der Krisenbearbeitung* verdichten.

In einem Resümee der aktuellen Diskussionen im Bereich der deutschsprachigen Internationale Beziehungen halten Klaus Dieter Wolf und Gunther Hellmann (2003) fest, dass die gegenwärtig produktiven Diskussionen nicht zuletzt der systematischen Einbindung von Blickwinkeln geschuldet sind, die in der Lage sind, dem dominierenden „neoliberal-konstruktivistischen“ Institutionalismus seine Schwächen und Versäumnisse vorzuhalten.

Eine Grundvoraussetzung theoretischer und empirischer Entwicklungen liegt daher in einer stärkeren gegenseitigen Bezugnahme. Auch Dirk Messner sieht, bezogen auf die Auseinandersetzungen um *Global Governance*, gute Chancen, Dichotomien zwischen problemlösungsorientierten Steuerungstheorien und herrschafts- wie machttheoretischen Theorien zu überwinden und voneinander zu lernen (Messner 2005).

Dieser Einschätzung kann ich mich anschließen und das Feld der diskutierten Ansätze um eine historisch-materialistisch inspirierte Perspektive erweitern. In diesem Sinne könnte die Diskussion um *Global Governance* mittels einer pluralen Auseinandersetzung um die Möglichkeiten und Grenzen von Politik unter Bedingungen der Globalisierung als Chance für die sozialwissenschaftliche Begriffs- und Theoriebildung begriffen werden.

Mein Vorschlag lautet vor diesem Hintergrund, *Global Governance* als politische und sozialwissenschaftliche Problemstellung dahingehend zu begreifen, dass sich die Frage der Politik und des Politischen angesichts der konstatierten Transformationsprozesse in veränderter Form stellt (vgl. ähnlich Ruppert 2000). Insofern markiert der Begriff eine „Betrachtungsweise“ (Benz 2004a: 27 für den *Governance*-Begriff allgemein). Auch wenn Hartwig Hummels (2005) emphatischer Einschätzung von *Global Governance* als „neue große Debatte“ nicht uneingeschränkt gefolgt wird, kann dennoch aus meiner Sicht Folgendes festgehalten werden: *Global Governance* öffnet einen Denk- und Diskussionsraum für theoretische und empirische Forschungen sowie für politische Diskussionen und Strategien, in dem Konsense und Dissense deutlich werden. Durch die gegenseitige Bezugnahme werden die Stärken und Schwächen der einzelnen Ansätze deutlich. Argumente und oft implizit bleibende Annahmen müssen deutlicher begründet, gegebenenfalls modifiziert werden.

Die Perspektive ist dabei nicht, dass es irgendwann einen weitreichenden Konsens in der Diskussion geben wird. Vielmehr sollen Dissense explizit gemacht werden, was zu Erkenntnisfortschritten motiviert. Produktive Spannungen zwischen unterschiedlichen theoretischen Ansätzen sind hierfür wichtig. Lothar Brock ist demzufolge zuzustimmen: „Es wäre insofern verfehlt zu behaupten, dass diese Debatte erschöpfend beschrieben wäre, wenn man sie als Teil eines hegemonialen Diskurses ausweist. Denn damit würden die progressiven Elemente der *Global Governance*-Debatte eskamotiert werden“ (2003: 84). Brock weist auf einen weiteren Aspekt hin, der in

diesem Text nicht berücksichtigt wird (vgl. ausführlich Brand 2003): Dass nämlich die *Global Governance*-Debatte selbst Teil eines hegemonialen Diskurses ist und dies reflektieren sollte, „um die Brisanz des eigenen Ansatzes nicht unter sozialtechnologischen Machbarkeitsphantasien zu verschütten“ (Brock 2003: 84).

3. Diskussionen und Perspektiverweiterungen

Im Folgenden benenne ich einige Probleme und von unterschiedlichen AutorInnen vorgeschlagene Erweiterungen der *Global Governance*-Perspektive. Meines Erachtens müssten sechs Aspekte stärker diskutiert werden. Die Frage, ob und wie (a) die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen ausreichend in den Blick kommen, (b) welche Rolle der Staat spielt und (c) wie die „relevanten“ und zu bearbeitenden Probleme in der Diskussion um *Global Governance* betrachtet werden. Inwieweit (d) *Global Governance* ein (europäisches) Gegenprojekt zur aktuellen US-Politik darstellt, ist genauso umstritten wie (e) die Rolle peripherer Länder in der aktuellen Transformation der Politik. Unterschiedliche Vorschläge gibt es schließlich (f) hinsichtlich der analytischen und strategischen Ausweitung des Begriffs *Global Governance*.

3.1 Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen

Global Governance beansprucht, im Gegensatz etwa zur Regimetheorie, nicht nur einzelne Regelungsbereiche in den Blick zu nehmen, sondern auch die politisch-institutionelle Gesamtkonstellation, was die Metapher der „*Global Governance*-Architektur“ (Messner/Nuscheler 2003) andeutet. Dies gelingt bislang wenig, sondern bleibt sektorspezifisch (vgl. auch Benz 2004a: 23), weil es kaum Bemühungen gibt, die (welt-)gesellschaftlichen Transformationsprozesse und darin die Rolle von Staat und Steuerung genauer zu fassen. Bislang dominieren Fallstudien zu den fragmentierten Regelungsstrukturen, die Interaktionen zwischen ihnen gelangen selten in den Blick und ein theoretisch elaboriertes Instrumentarium im Sinne einer „synthetischen Zusammenschau der transnationalen Strukturen und Prozesse gelingt schwer“ (Mayntz 2000: 19; vgl. auch Grande/Risse 2000). Generell kann festgehalten werden, dass die *Governance*-Theorien – das gilt auch für

die Ansätze zu *Global Governance* – zuvorderst ein „selektives Interesse an Problemlösungsprozessen“ haben (Mayntz 2004: 7).

Eine Erweiterung oder Reformulierung des *Global Governance*-Begriffs geht einher mit einem genaueren Verständnis der aktuellen Umbrüche. „Die Reorganisation staatlicher Funktionen und der Übergang von *government* zu *governance* reagieren nicht auf äußeren, gleichsam objektiven Problemdruck, sondern auf die veränderten Erfordernisse kapitalistischer Reproduktion“ (von Braunmühl/von Winterfeld 2003: 23, Herv.i.O.). Diese breite Perspektive wird immer wieder angemahnt, aber selten eingenommen. Das verwundert insbesondere angesichts der in den meisten Beiträgen zu *Global Governance* als notwendig konstatierten tiefgreifenden Umbrüche. Es herrscht ein starkes Vertrauen in die bestehenden Institutionen, den Politikmodus der Kooperation und grundsätzlich versöhnbare Interessen. Timothy Sinclair nennt dies eine „management vision of global governance“ (Sinclair 2003). Diese Perspektive wird auch ermöglicht durch den implizit oder explizit verwendeten Globalisierungsbegriff im Sinne einer nicht sehr weitgehend gestaltbaren, sondern allenfalls korrigierbaren Ökonomie. Craig Murphy (2000) betont entsprechend, dass die aktuellen Formen von *Global Governance* nur verstanden werden können, wenn die Strategien der mächtigen Staaten analysiert werden. Insofern sei *Global Governance* kein mehr oder weniger gelingender Prozess der Regulierung und Problemlösung, sondern auch ein Terrain sozialer Auseinandersetzungen um die Verteilung von Reichtum, Macht und Wissen.

Es kann an dieser Stelle nicht auf die aktuellen Transformationsprozesse eingegangen, sondern lediglich ein Aspekt unterstrichen werden: Eine entscheidende Rahmenbedingung für die Diskussion um *Global Governance* ist, dass in der internationalen Politik ein „globaler Konstitutionalismus“ dominiert (Gill 2000: 43-45; Bieling 2007; Brand 2007), demzufolge die zentrale Orientierung internationaler Politik in der Sicherung des Privateigentums durch internationale Normsetzung besteht. Auch das internationale Institutionensystem ist wesentlich damit befasst, durch Kämpfe hindurch Akkumulations- und Konkurrenzprozesse politisch-institutionell abzusichern. Liberale Verfassungsvorstellungen, welche die Absicherung des Eigentums als zentral erachten, sollen international gelten, was sich in Institutionen wie der WTO und dem dort angesiedelten TRIPS-Abkommen oder den Vorschlägen zu einem multilateralen Investitionsabkommen

(MAI), das 1998 an internationalen Protesten und dem Dissens südlicher Regierungen vorläufig scheiterte, zeigt. Dieser (neo-)liberal ausgerichtete Konstitutionalismus geht einher mit imperialen Politiken (Klutsch 2006), die in der Diskussion um *Global Governance* lediglich in der Form eines US-Unilateralismus thematisiert werden.

3.2 Staat und politische Steuerung heute

In den Beiträgen zu *Global Governance* spiegelt sich ein Problem, das bereits in der Diskussion um korporatistische Politikmuster der 1970er und 1980er Jahre immer wieder aufgeworfen wurde: Die Annahme, dass der Staat – und aktuell: das intergouvernementale oder durch Politiknetzwerke gekennzeichnete internationale politische System – eine Art neutraler Akteur sei. Staat wird in der Regel als Instanz verstanden, mittels derer kollektive Probleme in verregelter Form effizient und legitim bearbeitet werden (sollen). Die Differenz zu den damaligen Diskussionen besteht darin, dass seinerzeit eine starke Handlungsfähigkeit angenommen wurde, die heute durch Kooperationen wieder oder, auf internationaler Ebene, überhaupt erst hergestellt werden soll. Gleichwohl bleibt die Wiedererlangung staatlicher Steuerungsfähigkeit ein Fluchtpunkt der Diskussion.

Diskutiert wird weiterhin, inwieweit im Nationalstaat entwickelte steuerungstheoretische Konzepte analogisiert werden können. Grenzen der Übertragbarkeit werden aufgrund der fehlenden, dem Nationalstaat entsprechenden zentralisierten und legitimierten Erzwingungsinstanz gesehen. Mit anderen Worten fehlt auf internationaler Ebene ein Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit im Sinne Max Webers. Am ehesten werden Einsichten aus der Diskussion um *Multi-Level-Governance* erhofft, die insbesondere in der Föderalismus- und Europaforschung einen wachsenden Stellenwert erlangt hat (vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003; Knodt/Große-Hüttmann 2005; Benz 2004b; vgl. die Typisierung von Hooghe/Marks 2003). Die Übertragbarkeit ist begrenzt, da es sich bei der EU – unabhängig davon, ob von einer intergouvernementalistischen Perspektive aus argumentiert wird oder von einer, die den europäischen Institutionen ein hohes Gewicht zuschreibt – um einen Raum mit relativ großer institutioneller Dichte handelt.

Von verschiedenen Ansätzen werden implizit unterschiedliche Politikbegriffe verwendet. In den meisten Arbeiten zu *Global Governance* wird un-

ter Politik ein interventionistisches Handeln und Handeln im öffentlichen Interesse verstanden. Politik ist – in Anlehnung an David Easton (1979) – zuständig für die autoritative und legitime Bereitstellung und Verteilung von materiellen und immateriellen Werten, wobei Entscheidungen des „politischen Systems“ für die gesamte Gesellschaft bindend sind. Bereitstellung und Verteilung erfolgen aus der *Governance*-Perspektive zunehmend kooperativ zwischen staatlichen Akteuren und gemeinsam mit nicht-staatlichen.

Governance als Praxis, als Denken über Realität und damit Orientierung stiftend wird per se positiv konnotiert. Ausgeblendet bleibt etwa die umkämpfte Konstitution des gesellschaftlich relevanten Wissens um Probleme, die ja bereits Korridore legitimer Bearbeitung schafft. Insofern ist *Global Governance* nicht nur ein real zu analysierender oder normativ wünschenswerter Typus politischer Strukturen, Akteurskonstellationen und Inhalte, sondern auch ein in sich heterogenes Deutungsmuster, das etwa legitime Handlungen von illegitimen unterscheiden soll (Brand 2003; ähnlich Beisheim/Brunnengräber 2003). Die dominanten Ansätze zu *Global Governance* schließen kritisches Nachdenken über den Staat vielfach aus. Martin Shaw sieht die progressiven Potenziale des *Gobal-Governance*-Begriffs, „but it fails to address concretely how state power and political struggle are implicated in current transformations“ (2000: 260). Neue AkteurInnen und Politikmodi in den Blick zu nehmen sei wichtig, aber gleichzeitig „dangerous, if it serves to obscure the state core of contemporary globality“ (ebd.: 90). Shaw und viele andere weisen darauf hin, dass der Staat als institutionelles Terrain sozialer Auseinandersetzungen und herrschaftlicher Modus von Politik auch heute wichtige Funktionen erfüllt und zentral den Bestand der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sichert.

3.3 Problemdruck und Allgemeininteressen

Die Konstitution von Problemen als solche mit politischer Relevanz wird sehr unterschiedlich eingeschätzt. Messner und Nuscheler konstatieren einen großen „Problemdruck“, mit dem produktiv umgegangen werden müsse (2003). Der *Global Governance*-Begriff basiert vielfach „auf der Annahme, dass die von deren Vertretern formulierten globalen Probleme als solche von allen Staaten wahrgenommen werden, ihnen ein vergleichbarer Stellenwert beigemessen wird und somit ein entsprechendes gemeinsames Interesse der Staatenwelt zur Problemlösung besteht“ (Behrens 2004: 116).

Ähnliches gilt für Effizienz- und Effektivitätsvorstellungen, die nicht hinterfragt werden und bestehende Machtverhältnisse insoweit bestätigen und stärken, als „Effizienz“ selbst ein hegemoniales Konstrukt ist, das wesentlich von herrschenden AkteurInnen definiert wird. Hein weist darauf hin, dass die institutionellen Mittel und Ressourcen zur Problembearbeitung und -definition höchst ungleich verteilt sind (2003; vgl. die empirische Studie von Brand et al. 2008). Dabei wird ein „weltgesellschaftliches“ Allgemeininteresse stark aus der Perspektive der „OECD-Welt“ (Zürn 1998: 10) formuliert, die nicht nur weiß, wo die Probleme liegen, sondern auch die Mittel der Bearbeitung zur Verfügung hat (explizit GL 1997: 27).

Hier tut sich eine bemerkenswerte Spannung auf: Das „weltgesellschaftliche“ Allgemeininteresse politischer Kooperation wird nämlich keineswegs in Gegensatz zu den „nationalen Interessen“ gesehen, die ja teilweise ganz andere sind. Am Standort Österreich oder Deutschland ist es zum Allgemeininteresse geworden, wettbewerbsfähig zu sein *gegen* andere Gesellschaften. Meines Erachtens wird dieses Paradox zwischen Kooperation und Konkurrenz folgendermaßen gelöst: Eine gewisse Essentialisierung und Unantastbarkeit des Ökonomischen ermöglicht es, politische Kooperation zur „Lösung der Weltprobleme“ *nicht* in offenem Widerspruch mit der Konkurrenz zwischen Standorten, Kapitalen und Arbeitskräften sowie ihrer wettbewerbsstaatlichen und global-konstitutionalistischen Absicherung zu sehen. Es wird ein Allgemeininteresse an kooperativen Lösungen offensichtlicher und alle gleichermaßen betreffenden Probleme formuliert, wobei kapitalistische Konkurrenz eben nicht mehr als Problem gesehen wird, sondern gleichsam naturwüchsig besteht. Gerade durch die diversen Ausblendungen wird es möglich, bestimmte Konsense im Postfordismus mitzuorganisieren. Dies ist nun keineswegs neu, die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte kämpfen immer um die Verallgemeinerung ihrer Interessen. Was sich jedoch verändert, sind die historisch-konkreten Formen, in denen dies stattfindet. Dabei sind sich die AkteurInnen selbst – in der Regel viel stärker als die über sie reflektierenden Sozialwissenschaften – mehr oder weniger bewusst, dass sie ihre Interessen nicht vollständig durchsetzen können, sondern zu Kompromissen bereit sein müssen. Genau dieses diskursive Kompromissterrain wird nun von *Global Governance* bereitgestellt, denn damit wird eine Perspektive eröffnet, die annimmt, dass die Widersprüche und Krisen der postfordistischen Restrukturierung durch eine politische Re-

Regulierung der ökonomischen Globalisierung bearbeitet werden könnten (vgl. ausführlich Brand 2003).

3.4 Gegen-Projekt zum US-Unilateralismus?

Keinen Konsens gibt es im Hinblick darauf, ob es sich bei den strategisch-normativen Vorschlägen einer *Global Governance* um ein Gegenprojekt zur neoliberal-imperialen, aus Sicht vieler von den USA „unilateral“ dominierten Globalisierung handelt (Nuscheler 2000; Messner 2005). Ich selbst habe argumentiert, dass *Global Governance* als Diskurs wichtiger wurde, um normativ ein begriffliches Terrain bereitzustellen, auf dem die Bearbeitungsformen der negativen Folgen neoliberal-imperialer Globalisierung „gerahmt“ werden, die v.a. durch die intendierte Aufwertung des Multilateralismus in Erscheinung treten (Brand 2003; zur Kritik Weller 2003). Hinzu kommt, dass in den Multilateralismus von Beginn an hierarchische Verhältnisse eingeschrieben sind. Durch das Fehlen eines Monopols legitimer Gewaltbarkeit wird auch in den internationalen Institutionen letztlich Politik durch hartes *power bargaining* gemacht. Die Fixierung auf Kooperation und explizite Kompromisse übersieht allzu leicht die Formen von Ausschluss. Michèle Knodt und Markus Jachtenfuchs sehen etwa in der internationalen Politik eine „Abkehr vom Weberschen Machtbegriff“ und eine Hinwendung zum *Governance*-Paradigma, die den aktuellen Herausforderungen geschuldet sei (2002: 224).

Diese Position droht zu übersehen, dass internationale Politik nicht nur aus Kooperation besteht, sondern auch aus politischer Konkurrenz, bilateraler, polyzentrischer und informeller Großmachtpolitik wie etwa im Rahmen der „Gruppe der 8“. Es gibt weiterhin ausschließende Politik- und Handlungsformen wie ruinösen Wettbewerb, Rassismus oder Nationalismus. Globalisierung bedeutet auch Informalisierung, Ungleichheit und Unsicherheit (Altvater/Mahnkopf 2002). Seit den 1990er Jahren kehren zudem Kriege verstärkt in die Politik zurück, unter anderem in Form von „Erzwingungskriegen“ westlicher Demokratien, gerechtfertigt als humanitäre Interventionen und „gerechte Kriege“ (Mayer 1999; Münkler 2002). Lothar Brock fragt entsprechend, ob die „Baustelle“ *Global Governance* angesichts zunehmender Gewalt nicht verlassen sei und wir vielmehr einen Abbau bestehender Institutionen beobachten, d.h. der Agenda für mehr kollektive Handlungsfähigkeit eine der „Wiedererfindung des Krieges“ ge-

genüberstehe (Brock 2003: 84). *Global Governance* sei demzufolge kein Gegenprogramm gegen Krieg und offene Gewalt und daher immer auch zu untersuchen, „welchen Ort der Krieg, die Anwendung von Zwangsgewalt, in der Weltordnungspolitik hat“ (ebd.).

Es spricht einiges für die These, dass es sich bei der gegenwärtigen internationalen Politik eher um eine kooperative Absicherung der hegemonialen Interessen in den nordwestlichen Gesellschaften handelt und nicht um einen „europäischen Gegenentwurf“. Insofern ist heute neben dem US-amerikanischen Unilateralismus in einigen Bereichen vor allem der transatlantisch dominierte Multilateralismus in anderen Feldern problematisch, wenn die normativen Ansprüche der meisten Beiträge zu *Global Governance* als Maßstab genommen werden (vgl. ausführlich Görg/Wissen 2003).

3.5 Die Rolle peripherer Gesellschaften

Der Steuerungs- und Kooperationsfokus von *Global Governance* de-thematisiert die Erfahrungen der wirtschaftsliberalen Weltordnung und hier insbesondere des deregulierten Weltmarktes, der in vielen Gesellschaften negative Konsequenzen für die Mehrheit der Bevölkerung mit sich bringt. Nach Jahrzehnten von Exportorientierung, Außenöffnung, Privatisierungen, Liberalisierungen sowie der wirtschafts- und sozialpolitischen Schwächung der nationalen Staaten ist deutlich, dass genau dies nicht das Erfolgsrezept breiter gesellschaftlicher Entwicklung ist. Vielmehr verzeichnen tendenziell jene Länder eine größere Dynamik, in denen die Außenöffnung kontrolliert erfolgte. Insofern könnten *Global/Good Governance* sowie die damit verbundenen Orientierungen an einem Post-Washington Consensus, den Strategien der Armutsbekämpfung oder der Millenniumsziele der UNO dahin gehend interpretiert werden, dass mit ihnen die herrschenden Nord-Süd-Verhältnisse abgesichert werden (Bello 2005). Entsprechend kritisierte das *South Centre* bereits zu Beginn der Diskussion vor zehn Jahren, dass die Institutionalisierung von *Global Governance* nicht unabhängig von Fragen internationaler Macht und der Legitimität von Herrschaft diskutiert werden könne (South Centre 1996: 32). So werden etwa durch westliche Effizienz- und Effektivitätsvorstellungen Machtverhältnisse bestätigt und gestärkt, weil „Effizienz“ selbst ein hegemoniales Konstrukt ist, das wesentlich von herrschenden AkteurInnen definiert wird (Baxi 1996: 533).

Wie gesagt, *Global Governance* impliziert – wie auch *Good Governance* – eine normative Orientierung an gutem Regieren, was zuvorderst bedeutet, dass Ordnung erhalten oder geschaffen wird. Dazu sollen alle relevanten AkteurInnen beitragen unter Moderation staatlicher oder intergouvernementaler Instanzen. Dieses Kooperationsbias wird in der Entwicklungspolitik mit dem modernisierungsorientierten Druck der nordwestlichen Geldgeber versehen. Die in vielen Bereichen herrschaftsförmigen und desaströsen internationalen Rahmenbedingungen bleiben dabei in der Regel ausgeblendet. Daher ist es nicht verwunderlich, dass in Teilen der nicht-westlichen Welt *Global Governance* „als Fortsetzung des Imperialismus, als eine Re-Kolonisierung der eigenen Zukunft durch neo-imperialistische Institutionen [...] begriffen“ wird (Conrad/Randeria 2002: 9, zit. nach Ziai 2006: 88). Insbesondere die Ausblendungen in den Beiträgen zu *Global/Good Governance* – die herrschaftsförmige Konstitution des Weltmarkts und das neoimperiale Nord-Süd-Verhältnis – konstituieren einen „Wahrheitsdiskurs“, der politisch orientierend und wirkungsmächtig wird (Brand 2003; Ziai 2006).

3.6 Raum für kritische Perspektiven?

Eine weitere Achse der gegenwärtigen Diskussion betrifft das Potenzial, welches eine Erweiterung des *Global Governance*-Begriffs in sich birgt. Uta Ruppert formuliert ein feministisches Interesse an der *Global Governance*-Diskussion im Sinne sich öffnender Kategorien für die Analyse globaler Politik (2000, 2003; ähnlich Ruf 2000; Wichterich 2000; Sauer 2001: 34ff.). Trotz verschiedener, ambivalent bis skeptisch zu betrachtender realpolitischer „gender biased“ Entwicklungen könne mit dem Begriff *Global Governance* die lokale und lebensweltliche Politikebene mit der internationalen ins Verhältnis gesetzt werden, würden soziale Kräfte wie Frauenbewegungen und deren Anliegen in den Blick kommen und könnten über Stabilität und Ordnung hinaus Fragen der Demokratie, (Geschlechter-) Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Transformation diskutiert werden.

Claudia von Braunmühl und Uta von Winterfeld (2003) sehen in den aktuellen Umbrüchen und den sich auf sie beziehenden *Global Governance*-Beiträgen eine Neuvermessung des politischen Raums. Um komplexe gesellschaftliche Verhältnisse zu erfassen, sei ein gehaltvoller Begriff von Demokratie, der Geschlechterdemokratie einschließt, notwendig. Gemäß der Autorinnen bedarf es für eine angemessene *Global Governance* der Wie-

dergewinnung statt Zurücknahme staatlicher Handlungsfähigkeit, neuer Politikmodelle wie etwa der Netzwerksteuerung als Teil staatlicher Handlungsfähigkeit und eines ethischen Minimalkonsenses, d.h. gemeinsamer Problemlösungen auf Grundlage universell anerkannter Werte, Prinzipien und Ziele. Um diese normativen Ansprüche zu realisieren werden analytische Erweiterungen notwendig: Die Dichotomie von Staat und Zivilgesellschaft muss ihrer Meinung nach genauso aufgebrochen werden wie jene von Politik und Ökonomie sowie von privat und öffentlich. Ferner bleibe in der aktuellen Diskussion die Dominanz der internationalen Märkte analytisch wie politisch-strategisch unangetastet.

Inwiefern die Diskussion um *Global Governance* Raum für kritische Perspektiven öffnet, setzt m.E. voraus, Verkürzungen in den verschiedenen Vorstellungen bzw. im Diskurs aufzuzeigen. Dies sollte jedoch nicht in der ideologiekritischen Absicht geschehen, die „Falschheit“ des *Global Governance*-Diskurses aufzudecken. Denn er konstruiert ja „Wahrheit“ im Foucaultschen Sinne. Eine Kritik des *Global Governance*-Diskurses sollte daher neben der Ideologiekritik vor allem die Mechanismen offen legen, wie Realität interpretiert und unter welchen Bedingungen der Diskurs wirkungsmächtig wird – eine „Genealogie“ im Foucaultschen Sinne also. Gleichzeitig sollte darauf insistiert werden, dass das Ausgeschlossene, das Negierte eine Rolle spielt: Was ist nicht benannt? Wo formulieren sich was für Widerstände gegen die Zumutungen des globalisierten Kapitalismus? Wie stellen sich kritisch-emanzipative AkteurInnen eine Transformation des Politischen vor? Was geschieht heute bereits in dieser Richtung und wie wird es durch die herrschenden Entwicklungen untergraben oder wie können sich diese AkteurInnen die bestehenden Widersprüche zunutze machen?

Sozialwissenschaftlich bedeutet das, ein alternatives Verständnis der gegenwärtigen Transformationsprozesse zu fördern und nicht die herrschenden Diskurse einfach zu verdoppeln oder gar voranzutreiben. Produktiver Streit zwischen verschiedenen Ansätzen ist angesagt. Gelingt dies unter dem Label *Global Governance*, ist einiges gewonnen.

4. *Global Governance* und die Bewegungen für eine andere Globalisierung

Wenn anfangs auf die zunehmende politische Bedeutung des *Global Governance*-Begriffs hingewiesen wurde, so fällt gleichzeitig auf, dass er in den so genannten globalen sozialen Bewegungen bzw. den Bewegungen für eine andere Globalisierung so gut wie keine Rolle spielt.

Erstens suggeriert der Begriff, dass die konzeptualisierten privaten AkteurInnen gleichberechtigt am imaginierten „runden Tisch“ säßen, gleich ob es sich um transnationale Unternehmen und ihre Verbände oder um NGOs und soziale Bewegungen handelt. Das ist gerade nicht die Erfahrung vieler Bewegungen und kritischer NGOs. Der „neutral and safe character“ (Sinclair 2003) des Begriffs trägt wenig zu einer Veränderungsperspektive bei, bei der es auch um Auseinandersetzungen zwischen fundamental unterschiedlichen Interessen und deren Durchsetzungspotenziale geht. Daher finden in den globalisierungskritischen Bewegungen strategisch eher Begriffe wie De-Globalisierung (Bello 2005; Raza 2005), Anti-Imperialismus, Gegenmacht oder – in südlichen Gesellschaften – nationale Souveränität, Regionalisierung und Süd-Süd-Kooperation Gehör. Während *Global Governance* von internationaler bzw. OECD-Kooperation ausgeht, bei der die Länder des globalen Südens allenfalls den Juniorpartner abgeben und die Weltmarktzwänge außen vor bleiben, thematisieren die in den südlichen Gesellschaften diskutierten und in Angriff genommenen Ansätze eben den neoliberal-imperialen Charakter der aktuellen Weltordnung.

Der zweite Grund liegt darin, dass der (dominante) *Global Governance*-Diskurs ein modernisierungsorientierter OECD-Diskurs ist (vgl. Brand 2003) und bis auf wenige Ausnahmen (Hein 2003) Nord-Süd-Fragen nicht oder nur am Rande thematisiert. *Global Governance* hat ein modernisierungstheoretisches Bias dahin gehend, dass suggeriert wird, das westliche Gesellschaftsmodell stelle die Lösung für die Probleme unserer Zeit dar. Multilateralismus wird meist aus einer top-down-Perspektive gesehen. Für Messner/Nuscheler ist mit einem „soliden Aufbau von unten“ (2003: 18) regionale Politik wie jene in der EU gemeint, nicht aber ein gesellschaftliches Fundament. Der entwicklungspolitische Begriff der *Good Governance* ist in gewisser Weise ein Komplement zum Begriff *Global Governance* und

ebenfalls stark modernisierungstheoretisch aufgeladen und affirmativ gegenüber den weltwirtschaftlichen und -politischen Verhältnissen.

Deswegen sind den AkteurInnen, die ihn verwenden, die guten Intentionen einer Stabilisierung krisen- und kriegsgeschüttelter Gesellschaften nicht abzuspochen, aber innerhalb emanzipativer Bewegungen und Diskussionen spielt der Begriff wegen seiner Ausblendungen und der Abstraktion konkreter Erfahrungen von Entmächtigung, an denen die Entwicklungspolitik ja einen gehörigen Anteil hat, keine Rolle (aus diskurstheoretischer Perspektive vgl. Ziai 2003).

Ein dritter Grund dafür, dass der Begriff für viele soziale Bewegungen uninteressant ist, dürfte darin liegen, dass er eine zentrale aktuelle Erfahrung in vielen Gesellschaften schlicht übergeht: Denn parallel zu den kooperativen oder gar korporatistischen Politikvorstellungen wird deutlich, dass es aktuell nicht nur um eine kooperative Gestaltung, sondern durchaus um Konkurrenz und offene Gewaltanwendung geht. „Krieg gegen den Terrorismus“ ist das einzige Kontinuum als Topmeldung in den Medien. Dieser die Weltpolitik strukturierende Sachverhalt spielt in den globalisierungskritischen Bewegungen eine Hauptrolle, in den Diskussionen um *Global Governance* allerdings so gut wie keine (vgl. auch Brock 2003).

In den kommenden Jahren wird sich zeigen, inwieweit die analytischen und normativen Potenziale des *Global Governance*-Begriffs in wissenschaftlicher wie politisch-praktischer Hinsicht produktiv werden.

¹⁾ Bei dem Beitrag handelt es sich um die Fortführung von Überlegungen aus meiner Habilitationsschrift *Die politische Form der Globalisierung. Politische Institutionen und soziale Kräfte im internationalisierten Staat*, die an der Universität Kassel angenommen wurde und Anfang 2008 als Monographie erscheinen wird. Caren Kunze danke ich sehr herzlich für die Unterstützung bei den aufwendigen Literaturrecherchen, der JEP-Redaktion für hilfreiche Anmerkungen.

²⁾ vgl. zur Debatte etwa: CGG 1995; GL 1997; Mürle 1998; Hewson/Sinclair 1999; Brand et al. 2000; Holland-Cunz/Ruppert 2000; Mayntz 2000; Messner/Nuscheler 2003; Schwerpunkt von „Nord-Süd aktuell“ 2003; Sinclair 2003; Behrens 2005.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1973): *Philosophische Terminologie*, Bd. 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): *Globalisierung der Unsicherheit*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Baxi, Upendra (1996): 'Global Neighborhood' and the 'Universal Otherhood': Notes on the Report of the Commission on Global Governance. In: *Alternatives* 21, 525-549.
- Behrens, Maria (2004): *Global Governance*. In: Benz, Arthur (Hg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 103-124.
- Behrens, Maria (Hg., 2005): *Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beisheim, Marianne/Brunnengräber, Achim (2003): *Zaubertrank „Global Governance“? Eine diskursanalytische Annäherung*. In: Fues, Thomas/Hippler, Jochen (Hg.): *Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft*. Bonn: Dietz, 112-136.
- Bello, Walden (2005): *De-Globalisierung: Widerstand gegen die neue Weltordnung*. Hamburg: VSA.
- Benz, Arthur (2004a): *Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?* In: Benz, Arthur (Hg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 11-28.
- Benz, Arthur (Hg., 2004b): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): *Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen IPÖ*. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos.
- Brand, Ulrich (2003): *Nach der Krise des Fordismus. Global Governance als möglicher hegemonialer Diskurs des internationalen Politischen*. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 10 (1), 143-166.
- Brand, Ulrich (2007): *Die Internationalisierung des Staates als Rekonstitution von Hegemonie. Zur staatstheoretischen Erweiterung Gramscis*. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter (2000): *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Brand, Ulrich/Scherrer, Christoph (2006): Global Governance. Beitrag für die Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung. www.fes-online-akademie.de.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2008): Contested Terrains. Conflicts about Genetic Resources and the Internationalisation of the State. London/ New York: Routledge.
- Brock, Lothar (2003): Verlassene Baustellen – Global Governance im Zeichen des Krieges. In: Fues, Thomas/Hippler, Jochen (Hg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Bonn: Dietz, 58-89.
- Brunnengräber, Achim (2003a): Global Public Goods – Global Public Bads. Wer definiert sie, wer schützt sie, wer stellt sie bereit? In: Brunnengräber, Achim (Hg.): Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck. Münster: Westfälisches Dampfboot, 26-38.
- Brunnengräber, Achim (Hg., 2003b): Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brunnengräber, Achim/Stock, Christian (1999): Global Governance. Ein neues Jahrhundertprojekt. In: Prokla 29 (3), 445-468.
- CGG, Commission on Global Governance (1995): Our global neighbourhood. Oxford: Oxford University Press.
- Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (2002): Geteilte Geschichte – Europa in einer postkolonialen Welt. In: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Frankfurt/M.: Campus, 9-49.
- Conzelmann, Thomas (2003): Auf der Suche nach einem Phänomen: Was bedeutet Good Governance in der europäischen Entwicklungspolitik? In: Nord-Süd aktuell 17 (3), 468-477.
- Cox, Robert W. (1997): An Alternative Approach to Multilateralism for the Twenty-first Century. In: Global Governance 3 (1), 103-116.
- Deutscher Bundestag, DB (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Berlin: MuK.
- Easton, David (1979): A Framework for Political Analysis. Chicago: University of Chicago Press.
- Fues, Thomas/Hippler, Jochen (Hg., 2003): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Bonn: Dietz.
- Görg, Christoph/ Wissen, Markus (2003): National dominierte globale Herrschaft. Zum Verhältnis von Uni- und Multilateralismus in der „Neuen Weltordnung“. In: Prokla 33 (4), 625-644.
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Münster: Westfälisches Dampfboot, 23-50.
- GL, Gruppe von Lissabon (1997): Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. München: Luchterhand.
- Grande, Edgar/Risse, Thomas (2000): Bridging the Gap. Konzeptionelle Anforderungen an die politikwissenschaftliche Analyse von Globalisierungsprozessen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7 (2), 235-266.

- Groom, A.J.R./Powell, Dominic (1994): From world politics to global governance – a theme in need of a focus. In: Groom, A. J. R./Light, Margot (Hg.): *Contemporary International Relations: A Guide to Theory*. London/New York: Pinter Publishers, 81-90.
- Hein, Wolfgang (2003): Governance und gesellschaftliche Entwicklung. In: *Nord-Süd aktuell* 17 (3), 394-410.
- Held, David (2002): Cosmopolitanism: Ideas, Realities and Deficits. In: Held, David/McGrew, Anthony (Hg.): *Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance*. Cambridge: Polity Press, 305-324.
- Hewson, Martin/Sinclair, Timothy J. (1999): *Approaches to Global Governance Theory*. New York: Routledge.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.
- Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta (Hg., 2000): *Frauenpolitische Chancen globaler Politik*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2003): Unravelling the Central State, But How? Types of Multi-Level Governance. In: *American Political Science Review* 97 (2), 233-342.
- Hummel, Hartwig (2005): Global Governance als neue große Debatte. In: Behrens, Maria (Hg.): *Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg., 2003): *Europäische Integration*. Opladen: Leske und Budrich.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge: Polity Press.
- Kaul, Inge/Kocks, Alexander (2003): Globale öffentliche Güter. Zur Relevanz eines Begriffs. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): *Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 39-56.
- Kaul, Inge/Grunberg, Isabell/Stern, Marc (1999): *Global public goods: international cooperation in the 21st century*. Oxford: Oxford University Press.
- Klutsch, Christoph (2006): *American Empire. Die Bürde des reichen Mannes? Zur transnationalen Interessensidentität ‚neoliberal-imperialistischer‘ Herrschaftsmuster*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Knodt, Michèle/Jachtenfuchs, Markus (2002): *Regieren in Internationalen Institutionen*. Festschrift für Beate Kohler-Koch. Opladen: Leske und Budrich.
- Knodt, Michèle/Große-Hüttmann, Martin (2005): Der Multi-Level-Governance Ansatz. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Maria (Hg.): *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 223-247.
- Kohler-Koch, Beate (Hg., 1998): *Regieren in entgrenzten Räumen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Martens, Jens/Hain, Roland (2002): *Globale Öffentliche Güter. Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit?* Berlin: WEED.

- Mayer, Peter (1999): War der Krieg der NATO gegen Jugoslawien moralisch gerechtfertigt? Die Operation „allied force“ im Lichte der Lehre vom gerechten Krieg. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6 (2), 287-322.
- Mayntz, Renate (2000): Politikwissenschaft in einer entgrenzten Welt. MPIfG Working Paper 00/3. <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/abstracts/dp00-3.html>, 20.10.2004.
- Mayntz, Renate (2004): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? MPIfG Working Paper 04/1. <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html>, 18.11.2004.
- Messner, Dirk (2000): Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? Die Transformation der Politik in der „Ära des Globalismus“. In: Prokla 30 (1), 123-150.
- Messner, Dirk (2005): Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten. In: Behrens, Maria (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 27-54.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (2003): Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven. In: INEF-Report 67. <http://inef.uni-due.de/page/documents/Report67.pdf>, 1.3.2007.
- Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege. Reinbek: Rowohlt.
- Mürle, Holger (1998): Global Governance. Literaturbericht und Forschungsfragen. In: INEF-Report 32. <http://inef.uni-due.de/page/documents/Report32.pdf>, 1.3.2007.
- Murphy, Craig N. (2000): Global Governance: poorly done and poorly understood. In: International Affairs 76 (4), 789-803.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (1995): Stichwort „Theorie“. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politik. Bd. 1: Politische Theorien. München: DTB, 650-657.
- Nord-Süd aktuell 17 (3), 2003 (Schwerpunktheft „Governance“).
- Nuscheler, Franz (2000): Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept. In: Prokla 30 (1), 151-165.
- Raza, Werner (2005): Fairer Handel und Global Governance oder De-Globalisierung. Positionen der alter-mondialistischen Bewegung zur Zukunft des globalen Handelsregimes. In: Journal für Entwicklungspolitik XXI (4), 93-111.
- Reinicke, Wolfgang H. (1998): Global Public Policy. Governing without Government? Washington D.C.: Brookings Institution.
- Reinicke, Wolfgang H./Brenner, Thorsten/Witte, Jan Martin (2001): Global Public Policy: Globalisierung gestalten durch globale Politiknetzwerke. In: Oberreuther, Heinrich (Hg.): Global Denken. Mensch – Recht – Staat. Ein Dreiecksverhältnis der internationalen Politik im Umbruch. München: Olzog, 1-16.
- Ruf, Anja (2000): Kritische Anmerkungen zu Global Governance. In: Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta (Hg.): Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Opladen: Leske und Budrich, 169-177.

- Ruppert, Uta (2000): Global Governance: Das Ende der Illusionen oder ein neues Ideal internationaler Frauenpolitik? In: Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta (Hg.): Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Opladen: Leske und Budrich, 45-66.
- Ruppert, Uta (2003): Zwischen analytischen Chancen und politischen Ambivalenzen: Global Governance aus feministischer Sicht. In: Fues, Thomas/Hippler, Jochen (Hg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Bonn: Dietz, 137-154.
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M./New York: Campus.
- SC, South Centre (1996): For a strong and democratic United Nations. A South perspective on UN reform. Genf: South Centre.
- Scherrer, Christoph (2003): Internationale Politische Ökonomie als Systemkritik. In: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 465-494.
- Schuppert, Gunnar Folke (2005): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Baden-Baden: Nomos.
- Shaw, Martin (2000): Theory of the Global State. Globality as an Unfinished Revolution. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sinclair, Timothy J. (Hg., 2003): Global Governance: Critical Concepts in Political Science. London/New York: Routledge.
- UNDP, United Nation Development Programme (1997): The Shrinking State: Governance and Human Development in Eastern Europe and the Commonwealth of the Independent States. New York: United Nations.
- von Braunmühl, Claudia/von Winterfeld, Uta (2003): Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Wuppertal Paper 135. http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP135.pdf, 8.3.2007.
- WB, World Bank (1992): Governance and Development. Washington: World Bank.
- Weiss, Thomas G. (2000): Governance, good governance and global governance: conceptual and actual challenges. In: Third World Quarterly 21 (5), 795-814.
- Weller, Christoph (2003): Die Welt, der Diskurs und Global Governance. Zur Konstruktion eines hegemonialen Diskurses – eine Replik auf Ulrich Brand. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10 (2), 365-382.
- Wichterich, Christa (2000): Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Glokalisierung von Frauenbewegungen. In: Lenz, Ilse/Mae, Mickiko/Klose, Karin (Hg.): Frauenbewegungen weltweit. Opladen: Leske und Budrich, 251-280.
- Wolf, Klaus Dieter (2000): Die neue Staatsräson: zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft. Plädoyer für eine geordnete Entstaatlichung des Regierens jenseits des Staates. Baden-Baden: Nomos.

- Wolf, Klaus Dieter/Hellmann, Gunther (2003): Die Zukunft der Internationalen Beziehungen in Deutschland. In: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 577-604.
- Ziai, Aram (2003): Governance und Gouvernamentalität. In: Nord-Süd aktuell 17 (3), 411-422.
- Ziai, Aram (2006): Zwischen Global Governance and Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt/M: Suhrkamp.

Abstracts

Trotz der großen Bandbreite der Beiträge zu *Global Governance* lässt sich als ein Bedeutungskern herausdestillieren, dass es um staatliche Steuerungsfähigkeit in Zeiten der Globalisierung auf verschiedenen räumlichen Ebenen geht. Zunächst werden zentrale Elemente von *Global Governance* herausgearbeitet, um anschließend auf die potenzielle Bedeutung dieses Konzeptes als „interparadigmatischen Diskurs“ einzugehen. Mit dem Begriff können aus unterschiedlichen theoretischen Richtungen angesichts der konstatierten Transformationsprozesse Verständnisse von Politik und des Politischen entwickelt werden. Angesichts einiger Defizite wird in der Folge gefragt, ob (a) die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen ausreichend in den Blick kommen, (b) welche Rolle der Staat spielt und (c) wie die „relevanten“ und zu bearbeitenden Probleme in der Diskussion um *Global Governance* betrachtet werden. Inwieweit (d) *Global Governance* ein (europäisches) Gegenprojekt zur aktuellen US-Politik darstellt, ist genauso umstritten wie (e) die Rolle peripherer Länder in der aktuellen Transformation der Politik. Unterschiedliche Vorschläge gibt es schließlich (f) hinsichtlich der analytischen und strategischen Ausweitung des Begriffs *Global Governance*. Abschließend geht es um die bislang geringe Bedeutung von *Global Governance* in den emanzipatorischen Bewegungen für eine andere Globalisierung. Despite the large variety of contributions, a core meaning of the concept Global Governance is the steering capability of the state at different spatial levels in times of globalisation. At the beginning, the article condenses central elements of Global Governance and elaborates on its potential

significance as an “inter-paradigmatic discourse” for different approaches. It is argued that from different theoretical perspectives with the concept understandings of politics and the political can be developed against the background of the current transformation processes. Following this and in the light of some deficits of many approaches, it is asked, whether with the dominant use of the term Global Governance (a) societal developments are conceptualised adequately, (b) which role does the state, (c) how the “relevant” and to be solved problems are dealt with. It is contested (e) in what sense Global Governance does constitute a (European) counter-project to actual U.S. politics, (e) which role peripheral countries play in the process of Global Governance and, finally, (f) how the concept can be enhanced analytically and strategically. Finally it is asked why the term Global Governance has no significant meaning for the social movements for another globalisation.

Ulrich Brand
Universität Kassel
Fachgebiet Globalisierung & Politik
Nora-Platiel-Straße 1
34127 Kassel
ulibrand@uni-kassel.de